

Religion und Politik in der Verantwortung



Religion und Politik in der Verantwortung

Wolfgang Taus

Zunächst in England, Frankreich, den Niederlanden, dann übergreifend auf andere Teile Europas und vor allem auf die USA, haben sich im Laufe der letzten drei Jahrhunderte die Ideale der Menschenrechte, die Prinzipien des Verfassungs- und Rechtsstaates und der Demokratie entwickelt - nicht zuletzt aufgrund der immer stärker postulierten und verfassungsmäßig festgeschriebenen Trennung von Religion und Staat. Die Demokratie ist zu einer Weltideologie geworden, die allerdings insbesondere in den islamischen oder auch buddhistischen, hinduistischen, konfuzianisch geprägten Weltregionen nicht oder nur teilweise Anerkennung findet. Im Falle der islamisch geprägten Welt wird der universale Geltungsanspruch der Demokratie gesellschaftlich und politisch zum Teil als „westlich“ diffamiert, der die gewachsenen religiös-gesellschaftlichen Sitten und Bräuche traditioneller Stammesgesellschaften bedrohe. Wenn wiederum Theologie allgemein mehr sein will als ein Glasperlenspiel mit Offenbarungsworten, dann kann sie jedoch nicht ohne Metaphysik auskommen.¹⁾ Doch gerade das immer wieder in der Menschheitsgeschichte verbreitete Zusammen- und Ineinanderwirken von Religion/Glaube und Politik mit dementsprechend im gesellschaftlichen religiös-politischen Alltag abgeleiteten Vorschriften, Rechten, Pflichten und Abgaben, wie sie in Theokratien (mit all ihren unterschiedlichen Schattierungen und Ableitungen) üblich sind, hat nicht immer nur dem „Wohle der Seelen“, sondern vor allem auch dem Machterhalt der jeweiligen geistlich-weltlichen Eliten gedient.

Gewalt, Macht, Solidarität, Schuld, Gesetz scheinen - bezogen speziell auf das alte Ägypten - zuerst politische Vorstellungen gewesen zu sein, die dann in religiös-theologische transformiert worden sind, so die Deutung des Religionswissenschaftlers Jan Assmann.²⁾ Jenseits aller ideologisch überhitzten, oft gegensätzlichen Debatten darüber sollte heute jedoch zu einer sachlichen Argumentation gefunden werden, die das eigentlich schon jahrtausendealte Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik aufzeigt und mögliche Lösungsvorschläge für ein einigermaßen geglücktes gemeinsames Miteinander in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und der Achtung voneinander bietet, ohne neuerlich zu gegenseitiger Hetze, Gewalt, Krieg und Zerstörung mit all dem unsäglichen Leid für die Menschen auf allen Seiten der „Trutzburgen“ und „Schutzmauern“ zurückzufallen. Dafür soll hier ein Anstoß gegeben werden.

Werte

Unter Werten versteht man in der Philosophie eine bestimmte Stufe der Qualität, in der Logik eine symbolisch ausgedrückte Mess- oder Funktionsgröße. In der Metaphysik des Aristoteles - und davon beeinflusst in der späteren Scholastik - bemisst sich der Wert in Abstufung von der platonischen „Idee des Guten“ als vollkommenes Sein, worin alle Möglichkeit zugleich Wirklichkeit ist. Nach David Hume bedarf es zur Klärung und Ordnung der verwickelten Lebensverhältnisse der vergleichenden Wertung der Gefühlsmomente durch die Vernunft, die jedoch in hohem Maße vom Gefühl der Sympathie geleitet wird. Aus ihren Überlegungen entspringen neben den natürlichen und ursprünglichen auch die abgeleiteten (künstlichen) Werte wie Gerechtigkeit bzw. normiertes Recht. - Als Grundwerte werden diejenigen bezeichnet, die als absolut und unhintergebar gelten wie die Werte Freiheit, Leben und Würde der Person. Diese Werte gelten als Grundwerte, weil sie alle anderen Werte erst ermöglichen, ihnen zugrunde liegen. Werte sind ethische Begriffe, die sich mit dem kulturellen und gesellschaftlichen Wandel verändern. Eine Gesellschaft misst ihre Dynamik an der Qualität ihrer Werte. Bestimmte Werte sind eng gekoppelt an das Leben in der Gesellschaft überhaupt. Fünf dieser Werte gehören jener Ordnung an, die als natürliche Ordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen bezeichnet werden: Freiheit, Wahrheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit. Die Autonomie des Individuums, die sich ihrer Absolutheit ebenso bewusst ist wie ihrer Grenzen in der gleichen Autonomie aller anderen, auch derjenigen, die räumlich und zeitlich weit entfernt von uns sind, ist der Prüfstein gelebter Demokratie.³⁾ Die Person ist von Natur aus Kommunikation, Teilhabe und Austausch. Um Person zu sein, muss der Mensch in Gesellschaft leben. Die Gesellschaft vervollkommnet sich im Gemeinschaftsgefühl und in der Gemeinschaft der Personen. Getragen werden schließlich die den sozialen Zusammenhalt begründenden Werte von den die Gesellschaft bildenden Menschen. Sowohl der Kollektivismus, der die Person der Gesellschaft unterwirft, als auch ein auf die Spitze getriebener Individualismus, der vorgibt, Individuen hätten keine Solidaritätspflichten gegenüber der Gesellschaft, stehen einer liberal-demokratischen Wertegemeinschaft, die es auch und besonders politisch und militärisch zu schützen gilt, diametral entgegen.

Grundrechte und Demokratie

Grundrechte und Demokratie stehen in einem Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit zueinander. Demokratie setzt die rechtlich geschützte individualisierte Freiheit für alle voraus. Diese Einsicht ist für die Auslegung der Grundrechte von großer Tragweite. Wird der Zusammenhang von Freiheit und Demokratie zertrennt, so führt das in eine Grundrechtsauslegung, die sowohl die Freiheit als auch die Demokratie gefährden kann. Dementsprechend ermöglicht erst die Meinungsfreiheit eine angemessene Balance zwischen Stabilität und Wandel. Nur unter der Voraussetzung der Meinungsfreiheit gibt es „eine Konfrontation der Ideen, nicht der Gewalt“, so der US-amerikanische Grundrechtsgelehrte Thomas I. Emerson.⁴⁾ Die Alternative zur Gewährleistung der Meinungsfreiheit wäre entweder Unterdrückung oder Revolution und Bürgerkrieg.

„Wenn man den Prozesscharakter des demokratischen Verfassungsstaates verkennt und Rechtsstaat und Demokratie antinomisch sieht, so folgt, dass die individuelle Freiheit das einzige Schutzgut der Grundrechte ist“, postulierte etwa der deutsche Staatsrechtler

Martin Kriele schon in den 1970er-Jahren.⁵⁾

Dennoch ist auch bei den Demokratien nicht alles Gold, was glänzt. Neben vielerlei Sonderformen wie mehr oder weniger aus dem demokratischen Rahmen gefallener, de facto autoritär geführter „Präsidentendematokratien“ bis hin zu parlamentarischen Demokratien gibt es immer auch vielerlei Formen des Missbrauchs. Auch für die Demokratie gilt, dass sie sich in der Geschichte als expansiv und aggressiv erwiesen hat.

Dennoch sehen vornehmlich die westlichen Industriestaaten die parlamentarische Demokratie trotz aller Widersprüche und Schwächen als die beste Form von Gesellschaft und Staat an - nämlich im Vergleich mit allen anderen religiös oder ideologisch begründeten Herrschaftsformen.

Im Gegensatz zum großen Erfolg der demokratischen Werte sind das Ideal des Friedens und das Ideal der Menschenrechte immer noch von eher geringer Wirksamkeit. Manche der demokratischen Staatsverfassungen bis hin zu den deklarierten UNO-Menschenrechten enthalten zwar das Prinzip der gleichen Rechte für alle Staatsbürger, die gesellschaftliche und staatliche Praxis jedoch bleiben vielfach weit dahinter zurück.

Die Zeichen der Zeit erkennen

Globalisierung ist nicht nur die globale ökonomische und gesellschaftliche Verflechtung von Staaten und Völkern. Sie ist nicht nur die Schaffung eines globalen Güter-, Kapital- und Dienstleistungsmarktes. Globalisierung ist insbesondere der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die eigentliche Revolution ist im Kern eine technologische. Ohne die enormen Sprünge der Computerwissenschaften wäre die moderne Form der Globalisierung undenkbar. Nach dem so genannten Mooreschen Gesetz verdoppeln sich die Leistungen der Rechner alle 18 Monate. Gemessen an der Zahl der Nutzer wächst das Internet sogar heute noch schneller als die Rechenleistung der Computerchips. Die gesamte Informationsproduktion der Menschheit verdoppelt sich alle 15 bis 20 Jahre.⁶⁾ Infolge dieses raschen Wandels sind besonders die immateriellen Werte vielerorts ebenso einer rapiden Veränderung unterworfen. Daraus erwachsen vielschichtige Unsicherheiten und Ängste. Manche Gruppen suchen in einer Bekräftigung traditioneller Werte Orientierung. Religiöser Fundamentalismus ist zudem eine direkte Gegenreaktion darauf - ebenso wie die Ablehnung vorgeblich „westlicher“ Prinzipien bei der Ordnung von Staat und Gesellschaft. So werden politische Menschenrechte und repräsentative Demokratie u.a. in Asien und zum Teil in der islamischen Welt als „kulturfremd“ abgelehnt.

Nicht umsonst sprechen der Philosoph Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger, der frühere Präfekt der Vatikanischen Glaubenskongregation und jetzige Papst Benedikt XVI., im Rahmen eines öffentlichen Gesprächs in der Katholischen Akademie Bayern im Jänner 2004 in München von der Kultur des christlichen Glaubens wie derjenigen der säkularen Rationalität als den „beiden großen Kulturen des Westens“ - von „faktischer Nichtuniversalität“. Mit anderen Worten: Die rationale oder die ethische beziehungsweise die religiöse Weltformel, auf die alle sich einigen, und die dann das Ganze tragen könnte, gibt es nicht. Deshalb sei es in einer globalisierten Welt, in der die einzelnen politischen, ökonomischen und kulturellen Mächte in ihren jeweiligen Lebensräumen sich immer stärker wechselseitig berühren und durchdringen und immer mehr gegenseitig aufeinander angewiesen sind, die Aufgabe der Politik, Macht unter das Maß des Rechtes zu stellen und so ihren sinnvollen Gebrauch zu ordnen.⁷⁾ Insbesondere der christliche Gott ist vor allem in Zuge der nunmehr im Text des Vatikanischen Konzils von 1965 festgeschriebenen Toleranz der katholischen Kirche immer weniger der Zürnende,⁸⁾ Strafende, den Feind Zerschmetternde, sondern der leidende Mensch Gewordene, was das Zusammengehen von Christentum und säkularem Humanismus wünschenswert und möglich macht, schreibt etwa Alfred Grosser.⁹⁾ Veröhnung statt Abrechnung - das ist die Chance auch zwischen den Mehrheiten und den Minderheiten in den religiös-pluralen und ethnisch inhomogenen Gesellschaften Europas und der Welt. Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsorientierung schließen so einander nicht aus.¹⁰⁾

Kein politisch-gesellschaftliches System kann ohne kulturelles Fundament gemeinsam getragener Überzeugungen seine innere Legitimität aufrechterhalten.

Im Fundament der Demokratie sind die allgemeinen menschlichen Werte verortet. Werte dürfen aber nicht auf Moral oder Gerechtigkeit und schon gar nicht auf Sekundärtugenden wie Disziplin, Fleiß oder Höflichkeit reduziert werden. Werte sind vielmehr die Bausteine, aus denen sich der Mensch ein gutes Leben aufbauen kann. Obwohl die verschiedenen Werte wie Freundschaft, Familie, Freiheit, globale Gerechtigkeit in einem Widerstreit stehen, bildet diese Vielfalt der Werte eine unabdingbare Voraussetzung für eine freie und selbstverantwortliche Lebensgestaltung.¹¹⁾ Jede Gesellschaft bedarf gemeinsamer geistig-kultureller Grundlagen und verbindender ethischer Haltungen. Gemeinsamkeit heißt nicht Ausschließlichkeit, sondern eine - nach Ort und Zeit verschieden große - Einheit in der Vielfalt. Die Einheit wie die Vielfalt kommen aus der Geschichte, leben in der Gegenwart und bestimmen unser Bild von der Zukunft. Im aufgeklärten demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat sind kulturelle Einheit und kulturelle Vielfalt und das sich daraus ergebende Maß von Gemeinsamkeit das jeweilige dynamische Produkt der ständigen geistigen Auseinandersetzung und des immer wieder neu zu findenden Ausgleichs zwischen Bewahren und Erneuern. Kultur ist deshalb immer in Bewegung, immer im Austausch. Schließlich geht es in einer von Vielfalt geprägten Wertegemeinschaft um eine sinnvolle und weitsichtige Balance zwischen wertebewahrendem Konservativismus und notwendigem Progressivismus mit der Offenheit für Neues. Jedoch müssen die Extreme eines jeweils übersteigerten Konservativismus wie Progressivismus unter allen Umständen vermieden werden, denn sie führen jeweils zu gesellschaftlicher Zerrüttung und Untergang. Eine offene Gesellschaft im Sinne Karl Poppers muss vielmehr „atmen“ können und andere Kulturen in das Gemeinwesen mit einbeziehen und bestmöglich integrieren. „Offen“ nennt Popper genau solche Gesellschaften, die die Einstellung selbstkritischer Wirklichkeitswahrnehmung nicht nur zulassen, sondern in die Grundlage ihrer Verfassung eingebaut haben und daher von Anfang an als lern- und anpassungsfähige Systeme konzipiert sind. Realisiert sieht er diese Idee der „offenen Gesellschaft“ in den liberalen, demokratischen und sozialen Rechtsstaaten des Westens. Die Deutung, die der rechtsstaatlichen Demokratie damit geliefert wird, ist so einleuchtend wie unabdingbar. Einleuchtend, weil sie die spezifische Selbsterhaltung und Selbstgestaltung liberaler Demokratien aus einem elementaren, der neuzeitlichen Rationalität angemessenen Begriff ableitet: aus dem Begriff des Lernens durch Erfahrung.

An den von Popper so genannten „Feinden“ der offenen Gesellschaft zeigt sich, worin seine zentrale Überlegung besteht. Die Feinde offener Gesellschaften sind die Parteigänger „geschlossener“ Theorie- und Praxisweisen. Popper umschreibt die „geschlossene Gesellschaft“ so: „Eine geschlossene Gesellschaft kann gut mit einem Organismus verglichen werden [...und sie] ähnelt immer einer Herde oder einem Stamm; [als eine] Einheit, deren Mitglieder durch halbbiologische Bande, durch Verwandtschaft, Zusammenleben, durch die Teilnahme an gemeinsamen Anstrengungen [...] zusammengehalten werden. [...] Eine konkrete Gruppe konkreter Individuen, die nicht bloß durch abstrakte soziale Beziehungen wie Arbeitsteilung, Gütertausch, sondern durch konkrete physische Beziehungen wie Berührung, Geruch, Sicht miteinander verbunden sind.“¹²⁾ Die „geschlossene Gesellschaft“ ist ein in ihrer geschichtlichen Entwicklung frühes archaisches, vorstaatliches Kollektiv. Ein Verband, der durch die räumliche Nähe seiner Angehörigen, die Geltung starrer Bräuche und starker zwischenmenschlicher Kontakte, durch Tabus und familiäre Kontrollen und durch die Determiniertheit des Einzelnen im Rahmen des Ganzen bestimmt wird. Vor allem ihre antiindividualistische Bestimmtheit macht die geschlossene Gesellschaft zu einer Art von „Ameisen-Staat“, in dem der Einzelne keinerlei Autonomie und persönliche Verantwortung besitzt. Weil aber genau diese Eigenschaften fundamentale Voraussetzungen dessen sind, was offene Gesellschaften als solche auszeichnet, können offene Gesellschaften niemals nach dem Muster eines Organismus begriffen werden: Denn „nichts im

Organismus entspricht einem der wichtigsten Kennzeichen der offenen Gesellschaft, dem Wettstreit ihrer Angehörigen um die Stellung, die sie in ihr einnehmen sollen [...]“ (Popper)

Es besteht jedoch heute die Gefahr, dass diejenigen, die den ethischen Relativismus als Voraussetzung von Demokratie preisen, sich in Wirklichkeit auf den Weg von Autoritarismus und Intoleranz einlassen. Eine entgleisende Modernisierung der Gesellschaft, sagt Habermas,¹³⁾ könnte sehr wohl das demokratische Band müde machen und die Art von Solidarität auszehren, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist. „Dann würde die Verwandlung der Bürger wohlhabender und friedlicher liberaler Gesellschaften in vereinzelte, selbstinteressiert handelnde Monaden vor sich gehen, die ihre subjektiven Rechte nur noch wie Waffen gegeneinander richten.“¹⁴⁾

Demokratie und die dahinterliegenden Werte, die ein Sozialwesen zusammenhalten und den Ordnungsrahmen vorgeben, müssen letztendlich in den Köpfen und im tagtäglichen Verhalten der Menschen verankert sein. Und sie müssen im Wandel der Zeit täglich neu justiert werden, um den noch im Dunkel liegenden, unbekanntem Weg in die Zukunft auszuleuchten. - Dazu gehört eben auch der Mut zur Veränderung und Neugestaltung, zur Wertegebundenheit und Weltoffenheit im Bewusstsein seiner jeweils eigenen nationalen und europäischen Identität - als Bereicherung und nicht als Abschottung. Es geht dabei auch um Authentizität, um einen ehrlichen und an der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgerichteten Diskurs, der insbesondere die geistigen Wurzeln Europas im Sinne der Errungenschaften der Aufklärung betont, ohne andere Kulturen auszugrenzen. Das bedeutet letztlich eine „Kultur des gegenseitigen Respekts und der Verantwortung“, die sich am Humanismus orientiert, an den Werten menschlicher Bildung und zwischenmenschlichen Respekts, die über Partikularitäten der Tradition, der Religion, der Ethnie, des sozialen Status hinweg eine demokratische Gesellschaft mit ihrer festen Verankerung und Fundament in der Aufklärung zusammenhält. Das verbindende geistige Band zwischen Vernunft und Glauben ist letztlich Ethik. Die Haltung der Toleranz aus Respekt ist die Basis einer humanen Gesellschaft.¹⁵⁾ Allerdings muss der liberal-demokratische Rechtsstaat über alle säkularen oder religiösen Machtansprüche Geltung haben, will ein kreatives kommunikatives Miteinander über alle Grenzen hinweg Erfolg haben.

Habermas zählt zu den Werten der „kulturellen Moderne“ letztlich den Vorrang der Vernunft vor religiöser Offenbarung, eine Demokratie, die auf der Trennung von Religion und Politik basiert, sowie Pluralismus und Toleranz. Integration ist in diesem Sinne nicht völlige Übernahme der Mehrheitskultur in einem Land, sondern auch das Mitbringen, das Bewahren oder auch die Synthese der mitgebrachten Kultur. Ein Dominanzanspruch zwischen Kulturen verbiete sich von selbst, sowohl aus historischer Einsicht wie aus Respekt vor dem Reichtum, den fremde Kulturen darstellen. Für die innere Konsistenz einer konkreten Gesellschaft ist die Durchsetzung eines solchen Anspruches dagegen unverzichtbar.

Respekt und Verantwortung für den Frieden

Im Zeitalter der globalisierten Informationsflut u.a. via Internet und anderer leicht zugänglicher technischer Indoktrinationsmittel lassen sich gewalttätige Ideologien leicht verbreiten. Deshalb muss der jungen Generation in den religiös-kulturell-politisch verschiedenen Gesellschaften beigebracht werden, dass Frieden kein naturgegebener Zustand ist. Der Frieden erfordert Erziehung und müsse ein ums andere Mal geschaffen werden, meint nicht zuletzt der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt¹⁶⁾ als Mitbegründer des so genannten InterAction Council,¹⁷⁾ einer Vereinigung von „elder statesmen“ u.a. zur Wahrung des Weltfriedens, dem auch der ehemalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky angehört.

1987 fand zum ersten Mal ein Treffen politischer und religiöser Entscheidungsträger der fünf großen Weltreligionen in Rom statt. Dort wurde das so genannte Statement zu globalen Fragen verfasst. Zentrale Aufgabe war und ist es, echten Frieden aufgrund der gemeinsamen Werte nur durch Dialog zu erreichen.

1997 schlug der InterAction Council eine „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“¹⁸⁾ als Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor. Der Entwurf wurde von Hans Küng im Zusammenhang mit seinem Projekt Weltethos formuliert.¹⁹⁾

Es sei an der Zeit, dass speziell die Europäer die Kardinaltugend der Mäßigung verinnerlichen und auch lebten, meint Schmidt.²⁰⁾ Seit Aristoteles und Thomas von Aquin wird von den vier Kardinaltugenden (Klugheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mäßigung) gesprochen. Dazu zählen jedoch weder die Demokratie noch die Menschenrechte.

Die abrahamitischen Religionen kennen die Zehn Gebote. Sie kennen alle drei die Goldene Regel. Anders ausgedrückt: den von Immanuel Kant so genannten Kategorischen Imperativ. „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“²¹⁾ Sie kennen alle das Gebot, nicht zu töten. Und doch ist die Geißel des Krieges nicht vom Erdboden verschwunden.

Die Maxime des Friedens ist ein unentbehrlicher Teil der Ethik und Moral, die von politischen und militärischen Entscheidungsträgern, aber auch von den religiösen Führungspersonlichkeiten ein ständiges Bemühen in diese Richtung einfordert. Jegliche Tendenzen eines Ausschließlichkeitsdenkens oder übermäßigen missionarischen Eifers haben in der zum „globalen Dorf“ gewordenen Welt des 21. Jahrhunderts keinen Platz mehr. „Wer wirklich Frieden zwischen den Religionen und Gesellschaften will, der sollte religiöse Toleranz und Respekt predigen...Respekt gegenüber dem anderen setzt ein Minimum an Kenntnis des anderen voraus.“²²⁾

Das Ideal des Friedens kommt nicht aus dem menschlichen Erbmaterial, sondern scheint in starkem Maße von der individuellen und kollektiven Angst vor Krieg abzuhängen. Gerade angesichts weiterhin vorhandener Arsenale für Massenvernichtungswaffen und der Gefahr der Weiterverbreitung dieser Waffen möglicherweise in die Hände von Terroristen bedarf es mehr denn je der Einsicht, dass der immer wieder aufkommenden Versuchung zum nationalen Egoismus und zum Vorteil der jeweils eigenen religiös-kulturell determinierten Weltsicht entschieden entgegengetreten werden muss.

Gelebte Toleranz meint nicht jene aufgrund von Gleichgültigkeit oder Ignoranz, sondern Toleranz aufgrund von Respekt. Unerlässlich dabei sind der Wille zum Kompromiss und der Wille, Interessenkonflikte zu lösen.

Nur eine geschärfte Urteilskraft vor dem Hintergrund möglichst umfassender Aufklärung und Bildung kann letztlich die immer von einigen wenigen für ihre selbstsüchtigen Zwecke ausgestreute Saat von Hass²³⁾ und Gewalt eindämmen. Dies betrifft ganz besonders auch das politisch-militärische Verständnis von Pflicht und Verantwortung gegenüber der Wahrung des demokratisch verfassten Gemeinwesens nach innen und nach außen.

Historisch gesehen hat das Pflänzchen des Friedens und der Toleranz immer wieder auf recht kargem Boden wachsen und Wurzeln schlagen können. So finden sich viele Beispiele etwa im alten Ägypten über „Gerechtigkeit und Wahrheit“,²⁴⁾ ebenso im Alten Testament.²⁵⁾ Wiederum im Konfuzianismus ist im Umgang mit Menschen von Respekt und Großzügigkeit die Rede.²⁶⁾ Bei Lao Tse heißt es in zeitloser Übersetzung: „Wer sich am Töten erfreut, kann keine Genugtuung auf Erden finden.“²⁷⁾ Der Mogulherrscher Akbar der Große (1556-1605) bemühte sich nach der militärischen Konsolidierung in seinem islamischen Großreich am indischen Subkontinent ebenso um Versöhnung der Kulturen und Religionen.²⁸⁾ Und es wurde etwa auch im maurischen Cordoba und Toledo über längere Zeiträume hinweg religiöse Toleranz geübt, was nicht zuletzt zur Blüte von Wissenschaft und Künsten beitrug.²⁹⁾ Der Wunsch nach mehr Demokratie ist in der heutigen islamischen Welt weit verbreitet. Aber Reformer müssen weiterhin Rücksicht auf die traditionellen Werte der Gläubigen nehmen. Das gilt insbesondere auch nach dem so genannten „Arabischen Frühling“ in der arabischen Welt.³⁰⁾ Auch wenn der Weg noch lang und steinig sein wird: Der politische Islam sei wandelbar, schreibt etwa die

Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer.³¹⁾

Schließlich muss auch auf die christliche Sozialethik als wichtige Sinnstiftung im gesellschaftlichen Miteinander verwiesen werden. Sie nimmt ebenso klar Bezug auf die Begriffe Person, Gemeinwohl, allgemeine Bestimmung der Güter, Naturgesetz, auf die Werte Freiheit, Wahrheit, Solidarität, Gerechtigkeit, auf die Prinzipien Beteiligung und Subsidiarität in allen gesellschaftlichen, ökonomischen und militärisch-politischen Bereichen des Lebens - national wie international - hin zur Vision einer Weltgesellschaft zur Förderung des Gemeinwohls der Menschheit.³²⁾

Ohne dabei vereinnahmen zu wollen, scheint diese Konzeption der Habermas'schen Vision einer „Weltbürgergemeinschaft“ auf Grundlage der zivilisierenden Kraft der Demokratie sehr nahe zu kommen.³³⁾

Die übergreifenden humanen Werte würden eine innere Einheit in der Mannigfaltigkeit fördern, schrieb einst Carlo Schmid, einer der Väter des deutschen Grundgesetzes, um die Welt schöner, besser, menschlicher zu gestalten.³⁴⁾

Eine so gefasste globale Ethik ist allerdings kein Ersatz für Thora, Evangelien, Koran, Bhagavad-Gita, die Suren des Buddhismus oder die Lehren des Konfuzius. Anders ausgedrückt: Ein Mindestkonsens über verbindliche Werte, Maßstäbe und Grundeinstellungen, denen alle Religionen, trotz ihrer dogmatischen Unterschiede, zustimmen können, ist notwendig für ein konstruktives Miteinander. Die Achtung anderer Kulturen muss durch die Achtung des Menschen ergänzt werden, schreibt der deutsche Ethnologe Christoph Antweiler über das Wesen des Kosmopolitismus und der Weltgesellschaft. Was die Menschheit heute brauche, ist ein authentischer Dialog der Kulturen, aber oftmals bleibe es bei parallelen Monologen, kritisiert er. Notwendig dabei sei die Neubesinnung auf das Menschsein des Menschen: in seiner anthropologischen Universalität - mit all seiner Verschiedenheit und Wandelbarkeit. Erst daraus kann ein erneuerter Humanismus entstehen, wobei Anthropologie als die Lehre vom Menschen beides im Blick zu behalten hilft: den ganzen Menschen und die Menschheit als Ganzes.³⁵⁾

Das Heimatgefühl im „globalen Dorf“ weist letztlich auf das „Zuhause-angekommen-Sein“ hin, auf Sicherheit und Geborgenheit in einer unruhigen Welt. Über alle Wechselfälle des Lebens ist Heimat das, was Maß gibt. Dabei geht es um Wahrhaftigkeit und Authentizität in der Planung und Entscheidungsfindung in einem integrativen Prozess des gegenseitigen Austausches der Menschen für das Gemeinwohl einer Gesellschaft. Nur wer sich selbst treu und seiner selbst bewusst ist auf der Lebensschiene zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, versteht sich in der Verantwortung und im Dienst an den Menschen - über regionale, nationale Grenzen hinaus - als ein Kurs-halten für die Vision eines universalen Gemeinwohls, das die Menschenrechte, den Frieden, internationales Recht und zwischenstaatliche Solidarität garantiert - unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Grundlage dieses Denkens ist letztlich der kategorische Imperativ Kants. Der Glaube an das, was wertvoll ist, entspringt dem Ausdruck einer offenen, aber auch wehrhaften Gesellschaft, die zu würdigen und dafür auch einzutreten sich lohnt.

Letztlich kann nur die „Freiheit erhalten bleiben, wenn sie nicht bloß aus Gründen der erkennbaren Nützlichkeit im Einzelfall, sondern als Grundprinzip verteidigt wird.“ (Friedrich August von Hayek).³⁶⁾



ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. dazu: Thomas Möllenbeck: Endliche Freiheit unendlich zu sein - Zum metaphysischen Anknüpfungspunkt der Theologie mit Rahner, von Balthasar und Duns Scotus, Paderborner Theologische Schriften, F. Schöningh Verlag Paderborn 2012, 406 Seiten.
- 2) Jan Assmann: Herrschaft und Heil - Politische Theologie in Ägypten, Israel und Europa, Hanser Verlag München-Wien 2000, 339 Seiten.
- 3) Felix Ekardt: Wird die Demokratie ungerecht? Politik in Zeiten der Globalisierung, Verlag C. H. Beck München 2007, S.204.
- 4) Thomas I. Emerson: Toward a General Theory of the First Amendment, The Yale Law Journal 1963, S.72ff.
- 5) Martin Kriele: Einführung in die Staatslehre - Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, Westdeutscher Verlag Opladen, 4. Auflage 1980, S.340.
- 6) Siehe etwa dazu: Ulf von Rauchhaupt: Wittgensteins Klarinette - Gegenwart und Zukunft des Westens. Berliner Taschenbuch Verlag 2005, S.75.
- 7) Jürgen Habermas/Joseph Ratzinger: Dialektik der Säkularisierung - Über Vernunft und Religion. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2005, S.53ff.
- 8) Vgl. dazu etwa: Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit - Politisch-psychologischer Versuch. Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main 2006, 356 Seiten.
- 9) Politisches Essay von Alfred Grosser über „Leitkultur“. In: Norbert Lammert (Hrsg.), Verfassung - Patriotismus - Leitkultur - Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Verlag Hoffmann und Campe Hamburg 2006, S.62ff.
- 10) Alois Baumgartner: „Wissen und Werte - Christliche Hoffnung - politische Entscheidung“. In: Josip Jelenic/Bernhard Vogel (Hrsg.): Werte schaffen - Vom Zweck der Politik in Zeiten der Globalisierung. Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2007, S.126f.
- 11) Vgl. Peter Rinderle: Werte im Widerstreit. Verlag Karl Alber Freiburg-München 2007, 394 Seiten.
- 12) Die Zitate stammen aus: Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band I., 7. Auflage, J.C.B. Mohr Verlag Tübingen 1992, 475 Seiten.
- 13) Jürgen Habermas/Joseph Ratzinger: Dialektik der Säkularisierung - Über Vernunft und Religion, a.a.O., S.26ff.
- 14) Ebenda.
- 15) Julian Nida-Rümelin: Humanismus als Leitkultur - Ein Perspektivenwechsel. Verlag C.H. Beck München 2006, S.179.
- 16) Helmut Schmidt: Religion in der Verantwortung - Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung, Propyläen Verlag Berlin 2011, S.241.
- 17) Website des InterAction Council: <http://www.interactioncouncil.org/>.
- 18) Statuten der Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten: http://www.global-ethic-now.de/gen-deu/0c_weltethos-und-politik/0c-pdf/menschenpflichten.pdf.
- 19) Website der Stiftung Weltethos: <http://www.weltethos.org/data-ge/c-40-literatur/45-102-reflexionen.php>.
- 20) Helmut Schmidt, a.a.O., S.173.
- 21) Siehe dazu weiterführend etwa: Johann Eduard Erdmann: „Die Entwicklung der deutschen Spekulation seit Kant - Versuch einer wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der neuen Philosophie“ - Faksimile-Neudruck der Ausgabe Leipzig 1834-1853, fünfter Band, Friedrich Frommann-Verlag Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S.179ff.
- 22) Helmut Schmidt, a.a.O., S.204.
- 23) Siehe dazu: Arnold Angenendt: Die Revolution des geistigen Opfers - Blut - Sündenbock - Eucharistie, Herder Verlag Freiburg im Breisgau 2011, 179 Seiten.
- 24) Die Weisheit Ägyptens - Kleine Bibliothek der Weltweisheit, DTV München 2007, S.34ff.
- 25) Die Weisheit des Alten Testaments - Kleine Bibliothek der Weltweisheit, DTV München 2007, S.7ff.
- 26) Siehe etwa: Wolfgang Kubin: Konfuzius - Gespräche - Klassiker des chinesischen Denkens, Herder Verlag Freiburg-Basel-Wien

2011, S.200ff.

27) Wolfgang Kubin: Lao Zi (Laotse) - Der Urtext - Klassiker des chinesischen Denkens, Herder Verlag Freiburg-Basel-Wien 2011, S.105.

28) Siehe dazu: Arnold Hottinger: Akbar der Große - Herrscher über Indien durch Versöhnung der Religionen, Wilhelm Fink Verlag München 1998, 216 Seiten.

29) Siehe etwa: Arnold Hottinger: Die Mauren - Arabische Kultur in Spanien, ungekürzte Lizenzausgabe Wilhelm Fink Verlag München 2005, 495 Seiten.

30) Ludwig Ammann: Die Zwickmühle der Aufklärer. In: Dietmar Pieper/Rainer Traub (Hrsg.): Der Islam - 1400 Jahre Glaube, Krieg und Kultur, DVA-Spiegel Buchverlag München 2011, S.230ff.

31) Gudrun Krämer: Demokratie im Islam - Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt, Verlag C. H. Beck München 2011, 220 Seiten.

32) Siehe: Roland Minnerath: Gegen den Verfall des Sozialen - Ethik in Zeiten der Globalisierung, Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2007, 160 Seiten.

33) Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas - Ein Essay. Suhrkamp Berlin 2011, 130 Seiten.

34) Vgl. Carlo Schmid: Europa und die Macht des Geistes, Verlag Droemer-Knauer München-Zürich 1976, 410 Seiten.

35) Christoph Antweiler: Mensch und Weltkultur, Transcript Verlag Bielefeld 2011, 321 Seiten.

36) Siehe: Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Mohr Siebeck Verlag Tübingen 4. Auflage 2005, 575 Seiten.